

Niklaus Nuspliger

Europa

zwischen

Populisten-

Diktatur

NZZ LIBRO E-Book

und

Bürokraten-

Herrschaft

NZZ Libro

Niklaus Nuspliger

Europa zwischen Populisten- Diktatur und Bürokraten- Herrschaft

NZZ LIBRO E-Book

NZZ Libro

Niklaus Nuspliger

Europa

**zwischen Populisten-Diktatur
und Bürokraten-Herrschaft**

NZZ Libro

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 NZZ Libro, Schwabe Verlagsgruppe AG

Der Text des E-Books folgt der gedruckten 1. Auflage 2019 (ISBN 978-3-03810-402-5)

Lektorat: Ulrike Ebenritter

Umschlaggestaltung: TGG Hafen Senn Stieger, St. Gallen

E-Book-Konvertierung: CPI books GmbH, Leck

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werks oder von Teilen dieses Werks ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN E-Book 978-3-03810-428-5

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro ist ein Imprint der Schwabe Verlagsgruppe AG.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- 1. Die nationalistische Welle erfasst Europa**
Wie der Populismus die liberale Demokratie bedroht
- 2. Europa ohne Volk**
500 Millionen Bürger, 24 Sprachen, eine Demokratie?
- 3. Im institutionellen Labyrinth Europas**
Die Institutionen der EU und ihre demokratischen Defizite
- 4. Die grosse demokratische Rezession**
Lobbying, Technokratisierung, Globalisierung und der Machtverlust der Bürger
- 5. Willkommen in der illiberalen Demokratie!**
Wie Viktor Orbán Ungarn umgebaut hat und warum er als Trendsetter gilt
- 6. Mark Zuckerberg und das digitale Monster**
Zersetzen Online-Echo-Kammern, Microtargeting und Fake News die Demokratie?
- 7. Die Verheissungen der digitalen Demokratie**
Warum das Internet in eine partizipative Ära, aber auch

in den Tech-Faschismus führen kann

8. Europa übt die deliberative Demokratie

Demokratische Innovationen von Bürgerkonsultationen bis zu Losentscheiden

9. Europas Angst vor Volksabstimmungen

Von nationalen und europaweiten Referenden – und warum die Schweiz nur bedingt ein Vorbild ist

10. Europa der Populisten oder Superstaat?

Zwei Dystopien für das Jahr 2030

Zehn Thesen zur Wahrung der Demokratie in Europa

Anhang



Reykjavik
Kapitel 7

Barcelona
Kapitel 8

Dieppe
Kapitel 8

Brüssel
Kapitel 2/4/6

Amsterdam
Kapitel 9

Koblenz
Kapitel 1

Strassburg
Kapitel 3

Budapest
Kapitel 5

Einleitung

Es war die erste internationale Wahl der Weltgeschichte und eine Wegmarke für die Demokratie in Europa: Anfang Juni 1979 waren die Bürgerinnen und Bürger der neun Mitgliedstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaften erstmals zu einer Europawahl aufgerufen. Zwar hatte es schon seit den Anfängen der europäischen Integration in den 1950er-Jahren parlamentarische Versammlungen gegeben, in denen sich nationale Abgeordnete aus den jeweiligen Parlamenten der Mitgliedstaaten trafen. 1979 aber konnten die Wählerinnen und Wähler aus Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Irland und Grossbritannien zum ersten Mal insgesamt 410 Europaabgeordnete direkt ins Europäische Parlament wählen. Riesig war das Interesse zwar nicht. Doch immerhin 63 Prozent der Stimmberechtigten gingen an die Urnen - der Startschuss für das weltweit einzige transnationale Parlament mit direkt gewählten Abgeordneten war geglückt.

Europawahl und demokratische Multikrise

Vierzig Jahre später sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger vom 23. bis 26. Mai 2019 zur neunten Europawahl aufgerufen. Gleich wie 1979 erstreckt sich die Wahl aus Rücksicht auf lokale Traditionen über mehrere Tage: In den Niederlanden beispielsweise finden Wahlen

traditionell immer an einem Wochentag statt, woran sich auch bei der Europawahl nichts ändern soll. Vieles in Europa aber hat sich seit 1979 verändert: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mauserte sich zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und später zur Europäischen Union (EU), und das Europäische Parlament erhielt im Lauf der Jahrzehnte immer mehr Kompetenzen. Die Zahl der Mitgliedstaaten wuchs von 9 auf 28, weshalb sich auch die Zahl der Abgeordneten im Europaparlament von 410 auf 751 nahezu verdoppelte. Doch das 40-Jahre-Jubiläum löste in den Monaten vor der Europawahl 2019 in Brüssel eher Endzeit- als Feierstimmung aus. In düsterem Ton war von einer Schicksalswahl die Rede – ja es stand sogar die existenzielle Frage im Raum, ob und in welcher Form die Demokratie in Europa in den kommenden Jahren überleben würde.

Die Europawahl 2019 steht gleich aus mehreren Gründen für die Multikrise, in der sich die europäische Demokratie befindet. Für Turbulenzen sorgten die Wirren rund um den britischen EU-Austritt. Dass nach dem Referendum in Grossbritannien erstmals ein Mitgliedsland die EU verlassen wollte, hatte die Gefahr eines Zerfalls des europäischen Projekts fassbar gemacht. Zum ersten Mal überhaupt musste das Europaparlament seine eigene Verkleinerung in die Wege leiten, da die britischen EU-Abgeordneten als Folge des Brexit aus dem Europaparlament ausscheiden würden. Wegen der politischen Blockaden in London blieb allerdings lange unklar, ob und wann genau die Britinnen und Briten die EU

verlassen und ob sie im neuen EU-Parlament allenfalls doch noch vertreten sein würden.

Bei der Europawahl zeichneten sich in vielen Ländern auch erhebliche Sitzgewinne für rechtspopulistische und EU-skeptische Parteien ab – von der deutschen AfD über die Schwedendemokraten bis zur italienischen Lega. Nachdem das Brexit-Votum Grossbritannien ins politische Chaos gestürzt hatte, rückten die meisten Rechtspopulisten von Forderungen nach einem sofortigen EU-Austritt ihrer Länder ab. Doch manche dieser EU-Skeptiker zeigen illiberale bis offen autoritäre Tendenzen, entsprechend grosse Sorge löste ihre Ankündigung aus, die EU radikal verändern zu wollen. Durchs Brüsseler Europaviertel geisterte im Vorfeld der Europawahl auch die Furcht, der Kontinent könnte von einer Welle von russischer Propaganda und Manipulationen im digitalen Datenwahlkampf überflutet werden, was eine faire demokratische Auseinandersetzung verunmöglichen würde. Dass die EU ihre Propagandaabwehr verstärkte und Internetplattformen unter Druck setzte, löste im Gegenzug Ängste vor behördlicher Zensur und vor einer Überregulierung des Internets aus.

Die alle fünf Jahre stattfindende Europawahl steht auch für ein Phänomen, das der Politologe Larry Diamond als demokratische Rezession bezeichnet.¹ Die Volksparteien verlieren an Rückhalt, das Vertrauen in die Institutionen schwindet. Ein Symptom dieser Rezession ist der kontinuierliche Rückgang der Stimmbeteiligung bei der Europawahl – von 63 Prozent 1979 auf gerade noch 42,6 Prozent im Jahr 2014. Schliesslich illustriert die Wahl,

dass die Europäische Union eine institutionelle Grossbaustelle ist, auf der sich die wenigsten Bürgerinnen und Bürger zurechtfinden. So nominierten die europäischen Christdemokraten, Sozialdemokraten oder Grünen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, die nach der Europawahl 2019 das Präsidium der EU-Kommission übernehmen wollten. Die Übung sollte eigentlich die Kluft zwischen Brüssel und der Bevölkerung verkleinern. Doch hat das Europaparlament gar nicht die Kompetenz, um im Alleingang über den Chef der Kommission zu befinden. Vielmehr bestanden die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vor der Europawahl auf ihrem Vorrecht, einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt vorzuschlagen – weshalb der EU ein erbitterter Machtkampf zwischen den Institutionen drohte.

Die Gründe für die Multikrise der Demokratie sind also ebenso komplex wie vielfältig. Mein Ziel in diesem Buch ist es, die einzelnen Aspekte und Symptome der Krise zu beleuchten und in einen Zusammenhang zu stellen, aber auch zu diskutieren, ob und wie sich die Demokratie im 21. Jahrhundert erneuern kann. Zwei grosse und gegensätzliche Trends gefährden die Demokratie in den kommenden Jahren: Einerseits drohen populistische Parteien und Politiker mit autoritären Tendenzen eine Diktatur der Mehrheit zu errichten, in der die demokratischen Spielregeln, die Gewaltentrennung und die Grundfreiheiten beschädigt und schleichend ausser Kraft gesetzt werden. Andererseits droht das politische Establishment aus Angst vor dem Populismus und im

Glauben an objektive Wahrheiten und die Unfehlbarkeit neuer Technologien eine Technokratie zu errichten, die die Bevölkerung zunehmend entmachtet. Europa steckt im Dilemma zwischen Populistendiktatur und Bürokratenherrschaft – und die Demokratie droht auf der Strecke zu bleiben.

Zehn Schauplätze der europäischen Demokratie

Konzipiert ist das Buch als Reise an Schauplätze der europäischen Demokratie in Brüssel und verschiedenen Ländern Europas, die den zehn Kapiteln jeweils als thematischer Ausgangspunkt dienen. Ich verbinde demokratiethoretische Überlegungen mit Reportageelementen und persönlichen Beobachtungen aus dem politischen Alltag. Das Buch basiert auf meiner Korrespondententätigkeit für die NZZ, aber auch auf zusätzlichen Recherchen. Ganz bewusst rücke ich nicht die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ins Zentrum des Buches, sondern die gesamteuropäische Dimension der Demokratiekrise. Dennoch ist das Buch aus der Perspektive eines Schweizer Beobachters geschrieben, der als Nicht-EU-Bürger einen Aussenblick auf Europa wirft, aber als in Brüssel tätiger Journalist die Feinmechanik der EU kennt.

Die Reise beginnt an einem Kongress rechtspopulistischer Parteien in Koblenz, wo ich den Gründen und Folgen der autoritären Welle in der Welt und in Europa nachgehe. Sie führt nach Brüssel, wo ich einen Blick hinter die Kulissen eines EU-Gipfels werfe und frage, ob Demokratie jenseits des Nationalstaats überhaupt

möglich ist. Der Besuch im labyrinthartigen Hauptgebäude des Europaparlaments in Strassburg bietet Gelegenheit, ein Licht auf das Demokratiedefizit der EU zu werfen. Bei einem Rundgang durch das Brüsseler Europaviertel gehe ich dem Einfluss des Lobbyismus auf die Politik und den Gründen der demokratischen Rezession nach. In Budapest versuche ich die «illiberale Demokratie» des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu verstehen und frage, was geschieht, wenn Populisten in einer Demokratie die Macht übernehmen und zementieren. Zurück in Brüssel nehme ich den Auftritt des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg im Europaparlament zum Anlass, um die einschneidenden Folgen der Social-Media-Revolution für die Demokratie zu erörtern.

Bei einem virtuellen Besuch in der isländischen Hauptstadt Reykjavík spüre ich anschliessend den Verheissungen der digitalen Demokratie nach. In Barcelona und in der kleinen französischen Provinzstadt Dieppe stelle ich die Frage, ob Bürger-Konsultationen und deliberative Innovationsprojekte aus der demokratischen Rezession führen können. Und in Amsterdam zeige ich, warum es direktdemokratische Instrumente in Europa schwer haben und warum nicht jede Volksabstimmung einem Gewinn an Demokratie gleichkommt. Im zehnten und letzten Kapitel schliesslich lade ich ein auf eine Zeitreise ins Jahr 2030: Anhand von zwei gegensätzlichen Szenarien zeige ich auf, was von der Demokratie in einem populistischen Europa der Vaterländer oder aber in einem technokratischen Europäischen Superstaat übrig bleibe. Zum Abschluss des Buches formuliere ich zehn Thesen zur Wahrung der

Demokratie in Europa - und versuche, das Dilemma zwischen Populistendiktatur und Bürokratenherrschaft zu überwinden.

Dass Europa seine demokratischen Defizite bewältigen muss, ist längst zu einer Binsenwahrheit geworden. Im Europawahlkampf versprechen Nationalistinnen und Populisten, mit der Zähmung des europäischen Bürokratiemonsters und der Stärkung der Nationalstaaten kehre die verlorene demokratische Idylle zurück. Glühende Europäer plädieren derweil im Namen der Demokratie für eine Ausdehnung der Kompetenzen der EU. Jüngst versuchte die EU auch die Bevölkerung direkter einzubeziehen und führte Konsultationsversammlungen zur Zukunft der EU durch. Das Europaparlament schliesslich sieht sich selbst als Hort der Demokratie und will im Zeichen der Demokratisierung seine eigene Macht stärken. Kurzum: Alle wollen mehr Demokratie, doch wie Europa demokratischer werden könnte, darüber gehen die Meinungen auseinander. Bevor ich auf den Spuren der europäischen Demokratie im ersten Kapitel direkt den ersten Schauplatz aufsuche, will ich daher auf einigen Seiten der Frage nachgehen, was Demokratie eigentlich bedeutet.

Demokratie - ein unscharfes Konzept

Es ist nicht ganz leicht, Demokratie zu definieren, denn was wir als demokratisch empfinden, hängt auch von der lokalen demokratischen Kultur ab. In Deutschland hat der Nationalsozialismus so tiefe Zweifel an der Urteilskraft des Volkes hinterlassen, dass Deutsche gegenüber

direktdemokratischen Ansätzen sehr skeptisch sind. Für den Durchschnittsschweizer hingegen ist die direkte Demokratie eine Art Staatsreligion, weshalb ihm der Parlamentarismus suspekt ist. Für die Durchschnittsbritin verkörpert aber gerade das Parlament in Westminster die nationale Souveränität. Für Niederländer mit ihrem Vielparteiensystem sind Staaten wie die USA derweil zweitklassige Demokratien, weil das Volk faktisch nur zwischen zwei Parteien auswählen kann. Eine Amerikanerin wiederum mag es als undemokratisch empfinden, dass in Italien oder Spanien ein Politiker Regierungschef werden kann, der sich zuvor gar nie einer Volkswahl gestellt hat.

Demokratie kann also viele Ausprägungen haben, doch ist sie kein beliebiges Konzept. Auf Altgriechisch bedeuten «demos» Volk und «-kratie» Herrschaft. Die Philosophen der Antike von Platon bis zu Cicero grenzten die Demokratie, in der das Volk die Macht ausübte, von der Aristokratie oder der Monarchie ab, in denen nur einige wenige oder ein Einzelner die Geschicke des Staates leiteten. *Wer* die Macht ausübte, war aber bereits in der Antike nur eine Seite der Medaille. Wichtig war auch, *wie* die Macht ausgeübt wurde und ob das Gemeinwohl oder vielmehr die Eigeninteressen der Herrschenden im Zentrum standen. Ein verantwortungsvoller König kann sich in einen egoistischen Tyrannen verwandeln. Eine kompetente Aristokratie kann in eine Oligarchie entarten, in der die Eliten nur auf ihren eigenen Nutzen bedacht sind. Die degenerierte Form der Demokratie bezeichnete der Historiker Polybios (um 200 bis um 120 v. Chr.) als

«Ochlokratie».² Die Demokratie steht demnach in Gefahr, in eine «Pöbelherrschaft» zu entarten, in der ein eigennütziges Volk seine Interessen ohne Rücksicht auf Minderheiten mit kruden Mehrheitsbeschlüssen oder gar mit Gewalt durchsetzt.

Im Zeitalter der Aufklärung in Grossbritannien im 17. Jahrhundert und mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert verfeinerte sich die Definition der Demokratie weiter. Für Europa waren der Sturm auf die Bastille und die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte Wendepunkte, die der absolutistischen Königsherrschaft ein Ende setzten. Es war die Geburtsstunde der liberalen Demokratie, die das Rechtsstaatsprinzip mit dem Demokratieprinzip verbindet. Das Demokratieprinzip überträgt die Macht dem Volk, das in Mehrheitsentscheiden über Gesetze befindet – direkt über Abstimmungen oder indirekt über Wahlen. Das Rechtsstaatsprinzip aber setzt dem Willen der Mehrheit Grenzen: Die Gewaltenteilung zwischen Regierungen, Parlamenten und unabhängigen Gerichten verhindert eine Konzentration der Macht. Klare Regeln garantieren freie und faire Wahlen und einen friedlichen Machtwechsel. Zudem etabliert das Rechtsstaatsprinzip individuelle Grundrechte wie die Meinungs-, die Versammlungs- oder die Religionsfreiheit, die die Bürgerinnen und Bürger vor der Willkür des Staates schützen.

Bis heute liegt die liberale Demokratie den unzähligen Indizes und Rankings zugrunde, die die Qualität von Demokratien messen. Der Democracy Index der Zeitschrift

Economist unterscheidet zwischen vollen Demokratien, beschädigten Demokratien, hybriden Regimes und autoritären Regimes.³ Volle Demokratien zeichnen sich durch die Garantie der Grundfreiheiten, durch die Gewaltentrennung und durch unabhängige Medien aus. In beschädigten Demokratien finden zwar noch freie und faire Wahlen statt, doch sorgen Übergriffe auf die Pressefreiheit sowie Korruption und staatliche Misswirtschaft für ein schwindendes Vertrauen in die Institutionen. In hybriden Regimes sind Wahlen nicht mehr fair, die Justiz ist nicht mehr unabhängig und die Medien stehen unter Druck. Autoritäre Regimes sind oft eigentliche Diktaturen, in denen es keine pluralistische Parteienlandschaft mehr gibt und in denen Oppositionelle hinter Gittern landen. Im Einzelnen sind solche Rankings mit Vorsicht zu geniessen, in der Tendenz aber treffen sie zu: Wenn in einem Land der Rechtsstaat erodiert, dann erodiert die Demokratie insgesamt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wurde zwar von einer Volksmehrheit gewählt, doch kann sein Land angesichts der rechtsstaatlichen Rückschritte nicht mehr als Demokratie gelten.

Das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip stehen aber immer auch in einem Spannungsfeld zueinander. Populistinnen und Nationalisten betrachten rechtsstaatliche Schranken mit besonders grosser Skepsis. In ihren Augen darf eine demokratische Mehrheit beschliessen, was immer sie will. Nach dieser Lesart nimmt die Demokratie Schaden, wenn sich eine Handvoll Richterinnen und Richter zum Schutz von Minderheitenrechten oder der Gewaltentrennung

demokratischen Mehrheitsbeschlüssen entgegenstellt. Gegen diese Verabsolutierung des Demokratieprinzips ist einzuwenden, dass in einer Demokratie alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte haben - weshalb die Mehrheit die Rechte einer Minderheit nicht systematisch schmälern kann, ohne die Demokratie insgesamt zu beschädigen. Zudem sind die Grundrechte nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern Teil einer Verfassung, der das Volk oder das Parlament zuvor zugestimmt haben. Schliesslich birgt eine schrankenlose Mehrheitsdemokratie auch die Gefahr, dass die Machthaber demokratische Spielregeln zu ihren Gunsten ändern oder ausser Kraft setzen. Doch ohne Rechtsstaat überlebt die Demokratie auf Dauer nicht. Sie droht in eine Diktatur der Mehrheit zu entarten oder - wie von den antiken Philosophen befürchtet - in eine ochlokratische Pöbelherrschaft.

Gefahren für die liberale Demokratie birgt neben der Verabsolutierung auch die Minimierung des Demokratieprinzips. Die amerikanische Organisation Freedom House kommt in ihrem Freiheits-Index zu dem Schluss, dass in den letzten Jahren auch in gefestigten Demokratien liberale Errungenschaften wie die Internet- oder Pressefreiheit unter Druck geraten sind.⁴ Demokratinnen und Demokraten geraten in Versuchung, unbequeme Debatten abzuwürgen oder Freiheitsrechte zu beschränken, um den Rechtspopulismus zu bekämpfen oder den islamistischen Extremismus einzudämmen. Fatal wirkt sich schliesslich die Wahrnehmung aus, das Demokratieprinzip werde zunehmend ausgehebelt. Immer mehr Menschen glauben, die Politik stehe im Dienst von

Lobbyistinnen, eigenmächtigen Bürokraten und multinationalen Firmen, während die Interessen der Bevölkerungsmehrheit immer weniger zählten. Der Eindruck, die Bevölkerung habe in einer globalisierten Welt ihre Einflussmöglichkeiten verloren, ist eine der grössten Triebfedern der nationalistischen Welle – deren Ursachen und möglichen Folgen für Europa ich nun im ersten Kapitel nachgehen will.

1.

Die nationalistische Welle erfasst Europa

Wie der Populismus die liberale Demokratie bedroht

An einem bitterkalten Samstag im Januar 2017 beschlich mich zum ersten Mal eine Vorahnung vom Ende der liberalen Demokratie in Europa. Ich war nach Koblenz gereist, um einer Konferenz bekannter rechtsnationaler Politikerinnen und Politiker aus ganz Europa beizuwohnen. Am Vorabend schaute ich mir im Hotel am Fernsehen die Amtseinssetzung von Donald Trump in Washington an, der mit seinem dunklen Schlachtruf «America First» ein von Konfrontation geprägtes, nationalistisches Zeitalter einzuläuten schien. Am Tag danach wirkten seine europäischen Brüder und Schwestern im Geiste in der Rhein-Mosel-Halle von Trumps Erfolg wie beflügelt.⁵ Ein Sieg der Rechtsnationalen auf breiter Front in Europa schien auf einmal kein unplausibles Szenario mehr zu sein.

Die Internationale der Nationalisten

Ein dumpfes Blau verdunkelt den Saal, pompöse Musik erschallt, aus dem Off kündigt eine Stimme den Einmarsch «unserer Repräsentanten» an. Der Applaus ist laut, nationale Flaggen wehen, ein weisser Lichtkegel irrt im Saal umher. Die Inszenierung wirkt zwar etwas handgestrickt, doch am Ende stehen die selbst ernannten

Vertreter des neuen Europas in einer Reihe auf die Bühne. Marine Le Pen vom damaligen Front National (FN) und heutigen Rassemblement National aus Frankreich. Der Rechtspopulist und Islamkritiker Geert Wilders von der niederländischen Partei der Freiheit (PVV). Der Generalsekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Harald Vilimsky. Matteo Salvini von der italienischen Lega, der damals ein europaweit noch kaum bekannter EU-Parlamentarier ist. Und Frauke Petry, die damalige Hoffnungsträgerin der Alternative für Deutschland (AfD). Lächelnd posieren die Rechtsnationalen im Blitzgewitter der Kameras für das Gruppenbild der Union der Anti-Europäer. Dutzende von Medienschaffenden aus halb Europa sind angereist - das Interesse war im Vorfeld so gross, dass sich die Organisatoren erlauben konnten, einzelnen kritischen Journalisten die Akkreditierung zu verweigern. Ein Abgeordneter der rechten EU-Parlamentsfraktion «Europa der Nationen und der Freiheit» eröffnet die Tagung mit einer Medienschelte, worauf das Publikum ein erstes Mal begeistert «Lügenpresse, Lügenpresse!» skandiert.

Die Neue Rechte geht zwar auf Distanz zum offenen Rassismus und Antisemitismus ihrer Vorväter wie Jean-Marie Le Pen, der den Holocaust einst als «Detail der Geschichte» bezeichnete. Und doch kokettieren die Rechtsnationalen immer wieder mit dem Rechtsextremismus, das völkisch geprägte Gedankengut schimmert deutlich durch. Gemeinsam ist den Rednern von Koblenz, dass sie es sind, die definieren, wer zum wahren Volk gehört und wer nicht. Wenn Wilders gegen die

Islamisierung anredet und Petry gegen «unkontrollierte Bevölkerungsumschichtung», liegt dem Volkskonstrukt kein bürgerlicher Verfassungspatriotismus zugrunde, sondern eine Blut-und-Boden-Ideologie. In der Kaffeepause erklärt mir ein russlanddeutscher Mathematiker und AfD-Anhänger, jede Körperzelle sei durch eine Membran geschützt, woraus er ableitet, dass jedes europäische Volk verhindern müsse, dass Eindringlinge über seine Landesgrenzen einsickerten.

Diese europäische Union der Anti-Europäer oder diese Internationale der Nationalisten wirkt wie ein Widerspruch in sich. Tatsächlich sind die programmatischen Unterschiede zwischen nationalistischen Parteien unterschiedlicher Länder gross, weshalb auch das sogenannte Europa der Vaterländer als Gegenmodell zur EU diffus bleibt. Umso vollmundiger ist die Rhetorik: Angeblich kommen in der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle in der Gestalt der selbst erklärten «Repräsentanten» ganze Nationen zusammen – anders als bei einem EU-Gipfel der demokratisch gewählten Staats- und Regierungschefs in Brüssel, wo sich vorgeblich nur die Eliten treffen. Endlich hätten die von der EU-Tyrannie unterdrückten Völker direkt miteinander zu sprechen begonnen, jubelt Marine Le Pen. «Gestern ein neues Amerika, heute Koblenz, morgen ein neues Europa», ruft Geert Wilders, der von einer «historischen Konterrevolution der Völker» gegen den Globalismus spricht.

Zwei Jahre nach der Tagung von Koblenz haben die Rechtsnationalen die Türen zur Macht weit aufgestossen und teilweise längst durchschritten. Nach dem Brexit-

Votum und der Wahl Donald Trumps kam die nationalistische Welle in Kontinentaleuropa zwar zunächst ins Stocken. Die mittelmässigen Resultate von Wilders in den Niederlanden und der Sieg von Emmanuel Macron bei der französischen Präsidentschaftswahl gegen Marine Le Pen leiteten 2017 eine Flaute ein, die jedoch nur von kurzer Dauer war. In Deutschland wurde die AfD stärkste Oppositionskraft im Bundestag. In Österreich trat die FPÖ als Koalitionspartnerin der bürgerlichen ÖVP in die Regierung ein. In Schweden wurden die Schwedendemokraten stärkste Partei. In Italien avancierte Matteo Salvini von der rechtsnationalen Lega zum starken Mann einer Regierung, in der auch die populistische Fünf-Sterne-Bewegung an die Schalthebel der Macht gelangte.

Nach diesen Erfolgen in den Mitgliedstaaten setzte die nationalistische Bewegung zum Sturm auf Brüssel an. Steve Bannon, der ehemalige Chefstrategie von Donald Trump, schlug 2018 seine Zelte in Europa auf, um nationalistische Parteien im Europawahlkampf bei der Datenanalyse und der Social-Media-Strategie zu unterstützen. Er gründete eine Organisation namens The Movement, die die Rechtsnationalen unter einem einheitlichen Dach sammeln wollte. Die meisten von ihnen gaben sich zwar zurückhaltend, weil ausländische Wahlhilfe in vielen europäischen Ländern rechtlich heikel ist und weil sie die Federführung einer EU-kritischen Sammelbewegung nicht einem Amerikaner überlassen wollten. Doch das Ziel Bannons teilen viele. Der italienische Lega-Chef Matteo Salvini propagierte bereits im Sommer 2018 eine «Lega delle Leghe» (ein Verband der Verbände),

die im Europaparlament zur stärksten Kraft avancieren soll. «Die Europawahl wird zur Abstimmung zwischen einem Europa der Eliten, der Banken, der Zuwanderung und des Prekariats und einem Europa der Völker und der Arbeit», prophezeite Salvini.⁶

Angesichts der Turbulenzen rund um den Brexit wollen die meisten nationalistischen Parteien die EU nicht mehr verlassen, weil sie wissen, dass das politische und wirtschaftliche Chaos in Grossbritannien die Wählerschaft abgeschreckt hat. Vielmehr justierten die Rechtsnationalen ihre Strategie: Sie wollen die EU kapern und einen radikalen Politikwechsel herbeiführen, damit sich die Union von einem kosmopolitischen Projekt der Kooperation und des Multilateralismus in ein souveränistisches Konstrukt der Abschottung verwandelt. Klare Konturen hat das nationalistische Programm zwar nicht. Grundsätzlich aber sollen die wirtschaftliche und die politische Integration so weit zurückgebaut werden, dass jedes Land machen kann, was es will – ohne sich an lästige Budgetvorschriften, an Menschenrechte oder Regeln zur Rechtsstaatlichkeit halten zu müssen. Am wichtigsten ist die politische Botschaft: «Der Fall der Berliner Mauer schien einst undenkbar», sagt Salvini. «Die nächste Mauer, die wir einreissen, ist jene von Brüssel.»

Populisten, Souveränisten - Antidemokraten?

Bei der Konferenz in Koblenz war augenfällig, dass die Rechtsnationalen für sich beanspruchen, die wahren Interessen der wahren Völker ihrer Länder zu vertreten. In diesem Alleinvertretungsanspruch sieht der in Princeton

lehrende Politologe Jan-Werner Müller das entscheidende Wesensmerkmal des Populismus.⁷ Für ihn sind Populisten nicht einfach nur antielitär. Vielmehr sind sie antipluralistisch, da es für sie keine legitimen politischen Konkurrenten gibt und da für sie jene Teile der Bevölkerung, die sie nicht unterstützen, automatisch nicht zum wahren Volk gehören. Der Populismus kann unterschiedliche ideologische Formen annehmen (oft ist von Rechts- oder Linkspopulismus die Rede). Doch ist er in der öffentlichen Debatte zu einem ziemlich undifferenzierten Kampfbegriff verkommen. Mittlerweile bezeichnen sich manche Politikerinnen und Politiker als «im positiven Sinn populistisch», weil sie angeblich volksnahe Positionen vertreten.⁸ Ich werde dann von Populismus sprechen, wenn Politiker oder Parteien einen Graben zwischen Volk und Eliten zu bewirtschaften statt zu verkleinern suchen. Gleichzeitig verwende ich aber deckungsgleich die Begriffe Nationalisten und Souveränisten, die nicht nur eine politische Strategie, sondern auch eine ideologische Ausrichtung benennen.

Rechte Souveränistinnen und Nationalisten verlangen eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat und auf ein Volk, das sie weniger staatsbürgerlich als ethnisch definieren. Sie sind darum migrationskritisch bis ausländerfeindlich und stehen nicht nur der Globalisierung und multilateralen Organisationen wie der EU ablehnend gegenüber, sondern oft auch unabhängigen Staatsgewalten wie der Justiz. Wirtschaftspolitisch propagieren viele Rechtsnationale einen ähnlich starken Staat wie linke Souveränisten und Nationalistinnen vom Schlag eines Jean-Luc Mélenchon in

Frankreich oder einer Sahara Wagenknecht in Deutschland, die die EU als neoliberales Monster kritisieren und mehr Umverteilung und Solidarität verlangen – wenn auch nur für die Inländerinnen und Inländer innerhalb der Grenzen des Nationalstaats.

Viel ist über die Gründe für die populistische oder nationalistische Welle geschrieben worden. In Europa verweisen viele Beobachterinnen und Kommentatoren auf die Flüchtlingskrise, die im Jahr 2015 ihren Höhepunkt erreichte. Tatsächlich legen die Eurobarometer-Umfragen nahe, dass die Bevölkerung die Einwanderung als grosses politisches Problem in Europa betrachtet – grösser als den Terrorismus und die wirtschaftliche Lage.⁹ Daher nutzen die Rechtsnationalen die Migrationsthematik, mit der sich die EU-Kritik trefflich mit fremdenfeindlicher Identitätspolitik kombinieren lässt. Dass inzwischen auch viele Christdemokraten und Sozialdemokraten eine härtere Gangart gegenüber Migranten und Flüchtlingen propagieren, hat den Rechtsnationalen den Wind nicht aus den Segeln genommen. Die Gründe für die nationalistische und populistische Welle liegen denn auch tiefer als die Flüchtlingskrise. In Frankreich führte im Herbst 2018 nicht die Angst vor der Einwanderung zu den Protesten der «gilets jaunes». Vielmehr befeuerten vermeintliche Kaufkrafteinbussen und die Erhöhung der Treibstoffsteuer die Abstiegsängste im ländlichen und vorstädtischen Mittelstand. Ganz allgemein haben die Finanz- und die Eurokrise, die Automatisierung und die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und eine kaum noch durchschaubare Komplexität von Problemen und Krisen in einer globalen

Welt zu einem gefühlten Kontrollverlust geführt - und zu einer Sehnsucht nach simplen Lösungen, autoritären Führungsfiguren in kleinen, übersichtlichen politischen Räumen.

Manche sehen die nationalistische Welle als Ausdruck einer demokratischen Erneuerung. Tatsächlich geben Populistinnen und Souveränisten einem Teil der Wählerschaft eine Stimme, der sich von den etablierten Parteien offensichtlich nicht mehr repräsentiert fühlte. Zudem ist es völlig legitim, für eine Rückverlagerung der Macht von Brüssel an die Nationalstaaten zu plädieren. Oft versprechen die Souveränisten dem Volk gar mehr Mitbestimmung und direkte Demokratie und geloben, sie würden im Gegensatz zum alten politischen Establishment den Willen der Mehrheitsbevölkerung ohne Wenn und Aber umsetzen.

Trotz dieser Schalmeienklänge offenbaren die Rechtsnationalen aber allzu oft autoritäre Züge, die es klar und deutlich zu benennen gilt. Erstens stilisieren sie Andersdenkende und politische Konkurrenten vielfach zu Staats- oder Volksfeinden, was nicht von einer demokratischen, sondern von einer antipluralistischen Gesinnung zeugt. Zweitens setzen sie häufig auf starke Führerpersönlichkeiten, die wenig Widerspruch dulden und Herrschaftssysteme errichten, in denen in erster Linie Loyalität belohnt wird. Drittens dient die Kritik an der EU und an internationalen Institutionen oft dem Ziel, Menschenrechte oder Grundfreiheiten von Minderheiten auch auf nationaler Ebene durch simple Mehrheitsentscheide auszuhebeln. Dieser krude